



# HAUSHALTSREDE DER WEINGARTENER BÜRGERBEWEGUNG 02. Februar 1998

\\... \ wbb / Hhrede98.doc

**Die schlimmsten Feinde sind die eigenen Parteifreunde** - auf diese kurze Formel könnte man das Dilemma bringen, das sich in Weingarten für Herrn Bürgermeister Scholz und die CDU-Fraktion abgespielt hat. Ein hochangesehener Bundesminister erscheint an einem Aprilnachmittag im Wahljahr 1994 in einem Weingartener Traditionsgasthof und verkündet dem staunenden Publikum, daß einem zügigen Baubeginn der Bahnunterführungen nichts mehr im Wege stehe - die Vorhaben könnten als Vorwegmaßnahme im Zusammenhang mit dem Bau der B3-Umgehung baldmöglichst verwirklicht werden. Blitzlichter zucken, Händeschütteln und Schulterklopfen, die Turmberg-Rundschau frohlockt: **„Bundesverkehrsminister Wissmann, MdB, sagt in Weingarten vorgezogene Beseitigung der Bahnübergänge zu!“**. Danach kehrt Ruhe ein, und angesichts geschlossener Schranken fragen sich die Einwohner Weingartens gar lange Zeit, ob die Vorwegmaßnahme möglicherweise von den Lasten der Wiedervereinigung zerquetscht, mit einem Eurofighter kollidiert oder vielleicht gar von einer Magnetschwebebahn überrollt worden ist.

Angesichts solch leidvoller Erfahrungen war es geradezu ein Zeichen von Verwegenheit, auf der Bürgerversammlung im Dezember 1996 ohne definitive Finanzierungszusagen das soeben begonnene 1998 als Jahr des Baubeginns der Unterführung „Kärcherhalle“ bekanntzugeben. Plötzlich soll nun alles ganz anders werden, anstelle von zwei Unterführungen zum Sonderpreis von 1,7 Mio.DM gibt es nur noch eine PKW-Unterführung, die die Gemeinde, Haushaltsreste eingeschlossen, mit knapp zwei Mio.DM belasten wird. Die dazu notwendigen Planungen hat die Verwaltung unter dem Druck der öffentli-

chen Meinung im Eiltempo vorangetrieben, der Gemeinderat hat die entsprechenden Beschlüsse jeweils einstimmig gefaßt, so daß die formellen Voraussetzungen für den Baubeginn nahezu erfüllt sind. Trotzdem wird das Jahr 1998 gerade im Hinblick auf den ersten Spatenstich zu einem Riesenslalom um sich ständig vergrößern Defizite werden. Die Frage, wann im einzelnen Bund, Land und Bahn AG die Finanzierungsanteile bereitstellen können, ist noch so offen wie die Bonner und Stuttgarter Haushaltslöcher, und nicht auszuschließen ist, daß unsere Gemeinde das Bundesdrittel vorfinanzieren muß, um einen Baubeginn innerhalb der nächsten beiden Jahre sicherzustellen. Eine solche Vorfinanzierung wäre nur durch eine weitere, zeitlich befristete Kreditaufnahme in Höhe von rund 1,7 Mio. DM zu bewältigen und würde dementsprechend den Verwaltungshaushalt mit ca. 100.000 DM Verzinsung pro Jahr belasten. Ebenfalls wissen wir, daß auch Landesmittel für bereits im Bau befindliche Vorhaben nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nur zeitlich gestreckt zur Auszahlung kommen. All diese Unwägbarkeiten, Verzögerungen und Schwierigkeiten sind Folgen der jahrelangen krampfhaften Verknüpfung von Bahnunterführung und B3-Umgehung!

Obwohl unserer Gemeinde jegliche Erhöhung der laufenden Kosten kaum mehr zuzumuten ist, ist unsere Fraktion doch der Ansicht, daß ein weiteres Verschieben der Unterführung „Kärcherhalle“ nicht geschehen darf. Längst ist für alle, die regelmäßig die Bahnlinie passieren müssen, die Schmerzgrenze überschritten, und nicht zuletzt für das örtliche Gewerbe ist das Handicap „Bahnübergang“ nicht länger tragbar. Ein positiver Impuls ist überfällig. Ohnehin wird die Leidensfähigkeit



der hier ansässigen Betriebe seit Jahren durch völlig irrationale Entscheidungen des Gemeinderates und der Verwaltung geprüft. Die Behandlung, die dem hiesigen Gewerbe zuteil wird, irrt planlos zwischen den Extremen Nulldiät und Mastkur hin und her, ohne daß eine Logik oder Kontinuität erkennbar wäre.

So entzieht die Größenordnung und Beschaffenheit der von der Gemeinde vorangetriebenen Planungen und Vorhaben dem örtlichen Gewerbe seit Jahren den Nährboden. Die En-Bloc-Veräußerung von Richtacker IV an den Kommunalen Versorgungsverband, der Bebauungsplan „Rathausbereich“, die Dimensionen des Alten- und Pflegeheimes, das Bauvorhaben „Kreuzinger Eck“ stehen als Beispiele dafür, daß Großprojekte, die dem örtlichen Gewerbe keinerlei Impulse und keine Beteiligungsmöglichkeit geben, von der Gemeinde gefördert und teilweise sogar subventioniert werden. Von dem Investitionsvolumen in Höhe von 25 Mio.DM für das Alten- und Pflegeheim wird kein hier ansässiger Betrieb profitieren. Anstatt Sorge dafür zu tragen, daß die jeweiligen Investitionsvolumina der hiesigen Leistungsfähigkeit entsprechen, bündelt die Gemeinde bewußt die Vorhaben zu einer Größenordnung, die den örtlichen Handwerker erschauern läßt und auswärtige Bauträger begünstigt. Letztendlich kommen durch dieses fatale Spiel zwei unserer wichtigsten Einnahmequellen, der Einkommenssteueranteil und die Gewerbesteuer, zum Versiegen. Die Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B ist vor diesem Hintergrund als Ausdruck purer Verzweiflung zu werten. Sie ist ein falsches Signal zum falschen Zeitpunkt und für die WBB-Fraktion nicht zustimmungsfähig. **Während zeitgleich die Stadt Karlsruhe durch eine Gewerbesteuersenkung bewußt ein positives Zeichen setzt**, während die Notwendigkeit

einer Senkung der Staatsquote unbestritten ist, werden bei uns in Weingarten die alten verstaubten Rezepte aus der Schublade geholt und die ewig fade Suppe der Steuererhöhung aufs neue wieder aufgekocht. Wäre in den vergangenen drei Jahren nur ein Bruchteil der von der WBB vorgelegten Sparvorschläge verwirklicht worden, hätte dies den Gemeindefinanzen weit mehr genützt als dieser erneute Zugriff auf das Eigentum der Bürger.

Doch bleiben wir bei der Gewerbepolitik. Kraftfutter für über eine Mio. DM gab es plötzlich im Jahre 1995 für das örtliche Gewerbe - leider nicht ganz gleichmäßig verteilt. Mit diesem Betrag wurden die Ansiedlungen im Gewerbegebiet Viehwiesen/Obere Kehrriesen über eine Limitierung der Erschließungsbeiträge gefördert - eine Maßnahme, die wenigen nützte, indem sie viele belastete. Es bleibt dem Gerechtigkeitsempfinden eines jeden einzelnen überlassen, sich mit Sinn oder Unsinn einer solchen Umverteilung zu befassen. Bei den nun in der Entwicklung befindlichen Gewerbegebieten „Rehlinger“ und „Obere Kehrriesen II“ soll es eine vergleichbare Förderung nun jedenfalls nicht mehr geben, vielleicht, weil keine Mittel zum Umverteilen mehr da sind. Möglicherweise hat aber auch ein Einsehen stattgefunden, daß eine solche Art der Wirtschaftsförderung das eigentliche Ziel wohl etwas verfehlt hat. Dafür haben die neuesten Gewerbegebiete mit einer ganz besonderen Kuriosität aufzuwarten: Sie fanden nach der Versammlung des Nachbarschaftsverbandes Eingang in den Flächennutzungsplan aufgrund der Argumentation, daß in Weingarten ein „besonders dringlicher Bedarf an Gewerbeflächen bestehe“. Umso mehr überrascht es nun, daß Teile der äußerst knappen und so dringend benötigten Gewerbeflächen an „religiöse Vereinigungen“ zum Bau von



Kirchen veräußert werden sollen. Der Standpunkt der WBB-Fraktion zu der mit Abstand absurdesten Gemeinderatsentscheidung des vergangenen Jahres ist eindeutig: Weingarten ist geprägt dadurch, daß seine Kirchen und Gemeindezentren sich einträchtig in der Mitte des Ortes befinden. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Eine Ansiedlung von Gebetshäusern zwischen Produktions- und Lagerhallen allein aufgrund der Verlockung niedriger Grundstückspreise lehnen wir ab. Es ist eine Ohrfeige für das örtliche Gewerbe, die knappe Ressource „Gewerbefläche“ vorschnell anderen Nutzungsarten zugänglich zu machen. Letztendlich erleidet jedoch die Gemeinde selbst wiederum finanziellen Schaden, wenn Flächen, auf denen Arbeitsplätze entstehen könnten und Wertschöpfung getätigt werden sollte, leichtfertig zweckentfremdet werden.

Doch um dies zu erkennen, bedarf es einer längerfristig orientierten Betrachtungsweise. Die beispielhaft skizzierte Weingartener Gewerbepolitik steht dafür, wie sehr Ad-hoc Entscheidungen die Regel sind und wie wenig die langfristigen Konsequenzen der gefassten Beschlüsse betrachtet werden. Während es mittlerweile anerkannte Praxis ist, Weichenstellungen auf ihre „Nachhaltigkeit“ und Dauerhaftigkeit zu untersuchen, jagt hierzulande eine Zufallsentscheidung die nächste. Übergeordnete Zielsetzungen sind dabei völlig aus dem Blickfeld geraten. Besonders betroffen macht uns die Beobachtung, wie allenthalben die Chancen der Jugend und der kommenden Generationen im Schwinden, die Aufgaben und Lasten dagegen im Steigen begriffen sind. Wenn Herr Bürgermeister Scholz mit Stolz eine Rückführung der Schulden auf schlaffe 12,2 Mio. DM zum Jahresende verkündet, so vergißt er dabei zu sagen, wieviel Gemeindevermögen im Gegenzug zum Erreichen dieses Zieles veräußert

werden mußte. Richtacker IV, Schaffer-Anwesen und das Lehrerwohnhaus im Tannenweg seien hier nur stichwortartig angesprochen. Ebenfalls läßt er unerwähnt, wie viele Aufgaben, die wir noch in diesem Jahrtausend zum Abschluß bringen wollten, unerledigt bleiben und somit weiterhin unsere Handlungsspielräume einengen werden. Nach wie vor bleiben die Katakomben unseres Kanalnetzes unangetastet, allmählich ähnelt der Gerätepark unserer Feuerwehr einem Technikmuseum. Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 1997 sollte die Gemeinde bereits zum Ende des Jahres 2000 insgesamt 2,3 Mio. DM für die Sanierung der Straßen und der Kanäle im Hinterdorf bereitgestellt haben - bei einem prognostizierten Schuldenstand von 11,7 Mio. DM. Nach der diesjährigen Planung ist diese Mammutaufgabe bereits ins nächste Jahrtausend verschoben, trotzdem ist eine Verschuldung von 13,3 Mio. DM für den exakt gleichen Zeitpunkt, den 31.12.2000, vorgesehen. Plastischer kann man die sich ständig weiter öffnende Schere der vor uns liegenden Aufgaben und der dazu vorhandenen Mittel kaum darstellen. Und wir können uns auch leicht ausmalen, was mit den durch die Verschiebung der Pflichtaufgaben freiwerdenden Mitteln geschieht: Anstatt Sorge dafür zu tragen, daß die Arterien unseres Dorfes intakt bleiben, wird in der Mitte unseres Ortes eine kostspielige und fragwürdige Schönheitschirurgie betrieben!

Gespart wird in dem uns vorliegenden Haushaltsplan bei dem, was getan werden müßte, z.B. bei der **Instandhaltung der Straßen**, für die, wie man als Fahrradfahrer auf schmerzvolle Weise verspürt, **lediglich noch 100.000 DM** eingestellt werden. **Der nahezu fünffache(!) Betrag wird für die Pflege der Grünanlagen angesetzt**, ein Mißverhältnis, das bei uns nur noch Kopfschütteln auslöst. Ebenfalls



auf Eis zu liegen scheint die Verwirklichung der Biotopvernetzung, eines vom Gemeinderat schon längst beschlossenen Vorhabens. Die kürzlich stattgefundene Diskussion um die Vergabe des Umweltschutzpreises zeigt eindringlich, daß Umweltschutz und jegliche Art der Zukunftsvorsorge aus dem Katalog der Zielsetzungen generell gestrichen sind.

Abschließend sei nun noch in Kürze der Standpunkt unserer Fraktion zu einigen aktuellen Gemeinderatsthemen skizziert:

- **Jugendmusikschule:** Die Kündigung des Vertrages durch die Gemeinde findet aufgrund der derzeitigen Haushaltslage unsere Zustimmung. Wir stellen uns eine zeitlich gestaffelte Senkung des Zuschusses auf das übliche Maß der Jugendförderung vor. Parallel dazu könnte die Gemeinde Aufbauhilfe bei der Gründung eines Fördervereines leisten und sich dafür einsetzen, daß auch bei einem erhöhten Elternbeitrag ein Verbleib Weingartens in der Jugendmusikschule Bretten möglich ist.
- **Verkleinerung Gemeinderat.** Hier wiederholen wir unseren Standpunkt, das Gremium auf 14 Sitze zu verkleinern und ergänzen ihn um den Vorschlag, **ALFU und TA zu einem „Ausschuß für Umwelt und Technik“ AUT zusammenzufassen**
- **Kurzzeitparkplätze:** Wir unterstützen die Schaffung von Kurzzeitparkplätzen im Ortskern und beantragen die **Aus-**

**weisung von Behindertenparkplätzen.**

- **Jugendtreff:** Der Vorschlag der **Schaffung einer ABM-Stelle** zur Betreuung eines Jugendtreffs findet unsere Zustimmung. Wir erinnern daran, daß unsere Fraktion sich als erste für die Verwendung der Sparkassen-Gewinnausschüttung für Zwecke der Jugendarbeit verwendet hat.
- **Seniorenrat:** Personelle Besetzung und Kompetenzen des Gremiums sollten möglichst zur Einweihung des Alten- und Pflegeheimes geregelt sein.

Noch mehr als in den vergangenen Jahren ist es das krasse Mißverhältnis von zu hohem Konsum und mangelnder Zukunftsvorsorge des vorliegenden Haushaltsentwurfes, das uns zu dessen Ablehnung bewegt

Der Wirtschaftsplan der Wasserversorgung findet unsere Zustimmung, wenn auch angemerkt werden muß, daß auch hier das Ziel, die Verlustvorträge der vergangenen Jahre auszugleichen, deutlich verfehlt worden ist. Wir sehen hier exemplarisch, mit welcher Unerbittlichkeit eine veraltete Infrastruktur den Wartungs- und Reparaturaufwand und damit die laufenden Kosten steigen läßt! Von dem Ziel einer systematischen Pflege und Instandhaltung **aller kommunalen Einrichtungen** ist unsere Gemeinde mehr als jemals zuvor entfernt.

### WBB → Weingarten braucht Bürgerbewegler

⇒ weg von auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtete Entscheidungen, geprägt von hausgemachten Sachzwängen und Gefälligkeitsdemokratie

⇒ hin zu einer verantwortungsvollen Politik, die auch den nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume erhält